

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Januar 2024



Gott ist da

2023

2024



AUS DEM BUNDESHAUS

Die EDU-Nationalräte Andreas Gafner und Erich Vontobel berichten von der Wintersession.

Seite 4 & 5

SCHWEIZ ALS KOMPLIZIN?

Grundsätzliche Überlegungen zur weiteren Auflage des Davoser WEFs.

Seiten 10 & 11

KANTON BERN

- Aus dem Grossen Rat
- Gemeindewahlen

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Die Schweiz ist nicht in der Lage, ihre Stromversorgung jederzeit sicherzustellen. Wir steuern direkt auf eine Strommangellage zu. Es droht der Blackout. Ohne Strom stehen Gesellschaft und Wirtschaft still.

Ablauf der Sammelfrist: 01.03.2024

➔ Weitere Infos: www.blackout-stoppen.ch

«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: www.neutralitaet-ja.ch

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

Wort des Monats

«MIR IST IN DEN LETZTEN WOCHEN KLAR GEWORDEN, DASS VIELE LINKE ECHT SCHWER ANTISEMITISCH SIND UND ÜBERALL NUR NOCH UNTERDRÜCKER UND UNTERDRÜCKTE WITTERN.»

Nicholas Potter (*1990), britisch-deutscher Journalist, Extremismus- und Antisemitismus-Forscher der Amadeu Antonio Stiftung in der «Frankfurter Rundschau», 09.11.2023

EDU-Standpunkt – Zeitschrift mit Mehrwert

Die Monatszeitung zum politischen und christlichen Zeitgeschehen.

Bestellschein

- Ich möchte den EDU-Standpunkt abonnieren zum Preis von CHF 30.– pro Jahr (11 Ausgaben)
- Ich möchte den EDU-Standpunkt kennenlernen. Senden Sie mir gratis einige Probeexemplare.
- Geschenkabo für:

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail: info@edu-schweiz.ch; Tel. 033 222 36 37



«Schenken heisst, einem anderen etwas geben, was man am liebsten selbst behalten möchte.»

Wachsam statt politikmüde!

Liebe Leserinnen und Leser



Ein intensives Polit- und Wahljahr geht zu Ende. Vielen mag der «Polit-Zirkus» zum Hals raushängen und freuen sich auf eine Zeit mit anderen Prioritäten. Wer kann es denjenigen verübeln, die «einfach mal genug» haben und sich ausklinken wollen? Ich muss gestehen: Mir ging es nach der intensiven Wahlkampfzeit auch so. Politik gehört bekanntlich nicht zu den ehrlichsten Pflastern menschlichen Wirkens. So viel Oberflächlichkeit, so viele Floskeln, Taktieren, Hinhalten und – leider – auch Intrigen, Irreführungen oder Manipulationen, vor denen keine Partei gefeit ist. Dazu eine Medienlandschaft, die selten das ganze Bild zeigt und uns oftmals sehr ungerecht behandelt oder schubladisiert.

Wie oft hören wir, dass sich ja sowieso nichts ändere und alles nur noch schlimmer werde. Auch wir vom EDU-«Standpunkt» müssen uns dabei immer wieder selbstkritisch hinterfragen, ob wir die richtigen Antworten auf die vorherrschende Politikverdrossenheit geben. Nicht selten höre ich von Leserinnen und Lesern, dass sie sich jedes Mal aufregen, wenn sie den «Standpunkt» lesen – bei all den Missständen, die wir immer wieder beleuchten ... Schaffen wir es wirklich, unserem Anspruch gerecht zu werden, den Menschen – auch wenn die Zeiten turbulent und schwierig sind – Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln? Auf jeden Fall haben wir uns vorgenommen, künftig auch die positiven Entwicklungen mehr zu würdigen.

In der Politik ist es wichtig, gerade dann am Ball zu bleiben, wenn sich das Scheinwerferlicht von den grossen Schauplätzen abwendet. Die vermeintlich ruhigen Zeiten werden von mächtigen Kreisen und der Verwaltung gerne genutzt, um neue Umwälzungen im Sinne des Zeitgeists auszuhecken und voranzutreiben (wie aktuell die Revision des Epidemiengesetzes). Wenn wir nicht wachsam bleiben, überrollen uns die Entwicklungen und wir werden auf dem falschen Fuss erwischt! Wir können sicher sein: auch im kommenden Jahr wird es die EDU brauchen, um Gegensteuer zu geben. Insbesondere in der Gesellschafts- und Drogenpolitik (Legalisierung von Eizellenspenden und Cannabis) stehen uns grosse Auseinandersetzungen bevor, die wir bei richtiger Vorbereitung durchaus gewinnen können!

Anian Liebrand, Redaktion Standpunkt

Monats-Karikatur: Es geht auch ohne Notrecht...



Mein Weg ins Bundeshaus



Am späten Abend des 22. Oktobers wurde klar, dass die EDU Kanton Zürich einen Nationalratssitz gewonnen hatte und ich auf diesen Sitz gehen durfte. Mit dem positiven Wahlresultat wurde nun in meinem Leben definitiv eine Weiche gestellt. Anstatt Ende nächsten März mit meinen 65 Jahren in Pension zu gehen und mich in die Hängematte zu legen, führt mein Weg jetzt nach Bern.

Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Nach all den Jahren meines politischen Wirkens in der EDU und im Zürcher Kantonsrat ist das so etwas wie ein unverhoffter Höhepunkt. Ich freue mich sehr auf diese neue, verantwortungsvolle Aufgabe. Es folgen nun einige meiner ersten Erfahrungen und Eindrücke.

Bereits ab dem ersten Tag meiner Wahl wurde ich Tsunami-artig mit Briefen, Mails und Päckli überflutet. Es waren zum Teil ganz normale Gratulationen aus dem Bekanntenkreis. Aber nicht nur. Ich habe auch sehr viele Zuschriften, mit und ohne kleine Geschenke, von Firmen und Verbänden erhalten. Alle nach demselben Muster: Gratulation, Wunsch nach guter Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren und am Schluss die für mich zuständige Ansprechperson. Ich kam mir zeitweise vor wie eine Marionette. Viele wollten (und wollen immer noch) an den Fäden ziehen und mich in die von ihnen bevorzugte Richtung steuern.

Ein Nationalrat bekommt zur Deckung der Personal- und Sachausgaben, die der Erfüllung seines parlamentarischen Mandates dienen, eine Jahresentschädigung von 33'000 Franken. Er kann einen Teil dieser Jahresentschädigung verwenden, um einen persönlichen Mitarbeiter anzustellen, welcher ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt. Dass dieses Geld sehr «gefragt» ist, haben mir diverse Zuschriften gezeigt. Anfänglich dachte ich, dass mir die Leute einfach gerne helfen möchten ...

Jeder Nationalrat bekommt zwei Batches, die er an andere weitergeben darf. Mit einem Batch kommt man ins Bundeshaus und kann dort zum Beispiel in



der Wandelhalle wichtige Leute treffen. Diese Batches sind offenbar sehr begehrt. Es gab Interessenten, die mich mehrmals angefragt und mir dann sogar ein Gegenangebot angeboten haben ...

Wenn am Morgen all die Parlamentarier ins Bundeshaus gehen, wird die grosse Tür geöffnet. Es stehen dann etliche Polizisten dort, um sicherzustellen, dass nur Zutrittsberechtigte ins Bundeshaus gelangen. Als ich am 2. Tag durch die Tür eintrat, glaubte ich, gehört zu haben, dass einer der Polizisten meinen Namen gesagt hatte. Wie bitte? Konnte das wahr sein? Als ich mich beim betreffenden Polizisten erkundigt habe, hat er mir gesagt, dass er mich in der Tat mit meinem Namen angesprochen habe. Das sei sein Job ... Hut ab!

Und last but not least freue ich mich sehr, neben Andy Gafner, dem geerdeten, sympathischen und im nationalen Parlament bestens vernetzten Landwirt aus dem Simmental sitzen zu dürfen :-). Er weiss, wie alles läuft und ist mir eine grosse Hilfe. Wenn ich nun in die Zukunft schaue, frage ich mich, wie ich meinen Auftrag in Bern am besten wahrnehmen kann. Ich bin doch bloss einer von 200 Nationalräten ... Und dass mir bei meinem ersten Vorstoss gleich alle zujubeln werden, ist sehr unwahrscheinlich. Da bin ich froh, wenn Sie für mich beten, damit ich zur richtigen Zeit das Richtige richtig tun oder sagen kann.

Und noch etwas: ich habe bereits davon «geträumt», wie das wäre, wenn die EDU in Bern mit 5 Leuten im Nationalrat vertreten wäre und eine eigene Faktion bilden könnte. Das wäre absolut genial. Unmöglich? Ich denke nicht. Wenn in der Schweiz ganz viele EDUler dieses Anliegen haben, sich mit Herzblut voll einsetzen und dafür kämpfen, muss das – so Gott will – keine Utopie bleiben. Packen wir die Chance, solange wir noch solche offenen Türen haben. ●



Bericht von der Wintersession 2023

Gespannt, motiviert und mit grosser Vorfreude startete ich am 4. Dezember in die Wintersession. Es ist meine zweite Legislatur und auch der Start mit meinem neuen Zürcher EDU-Kollegen Erich Vontobel. Wir haben neue Sitznachbarn und sind auch ganz in einem anderen Sektor.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

50 Kolleginnen und Kollegen, immerhin ein Viertel, ziehen neu in den Nationalrat ein. Die Vereidigung zu Beginn der Legislatur ist auch das zweite Mal eindrücklich.

Der Alterspräsident Gerhard Pfister eröffnet die Session und führt die Wahl des neuen Nationalratspräsidenten – Erich Nussbaumer (SP BL) – durch. In einer Grundsatzrede stellt Pfister das Volk in den Vordergrund und auch die jüngste gewählte Nationalrätin, Katja Riem, hielt eine praxisnahe Rede.

Die wichtigste Vorlage der ersten Sessionshälfte war sicher der Voranschlag 2024 in einer Höhe von gut 80 Milliarden Franken. Für mich als Landwirt war zentral, dass die vorgeschlagenen Kürzungen im Landwirtschaftsbudget rückgängig gemacht werden. Dies ist sowohl im Ständerat als auch im Nationalrat geglückt. Die Landwirtschaft bewegt sich seit 20 Jahren auf konstantem Niveau und hat im Vergleich zu anderen Bereichen keine Aufstockung zu verzeichnen. In der Budget-Debatte wurden die Minderheits-Anträge für Kürzungen (meist von der SVP) und die Aufstockungs-Anträge (meist von SP und Grünen) grossmehrheitlich abgelehnt.

In der Budgetberatung war der Ständerat Erstrat, danach hat sich der Nationalrat damit befasst und nun geht es bereits wieder in den Ständerat.

Bereits am ersten Sessionstag hat der Nationalrat die Einführung der 3,5%-Regelung im Ackerbau um ein Jahr verschoben. Hier geht es darum, 3,5% Öko-Elemente in die Ackerkulturen zu integrieren. Dies bedeutet eine erhebliche Minderproduktion in der Schweiz, beziehungsweise muss wieder mehr Weizen importiert werden. Die Schweiz ist inzwischen unter die Schwelle von 50 %-Netto-Selbstversorgungsgrad gefallen. Man muss sich immer wieder bewusst sein, dass alles, was wir nicht hier produzieren, importiert werden muss.

Recht viel zu diskutieren gibt die Verteilung der Kommissionssitze in den Fraktionen. Neu kann ich Einsitz in einer zweiten Kommission nehmen. Ich werde weiterhin in der WBK (Wissenschaft-Bildung-Kultur) und zusätzlich neu noch in der Finanzkommission mitarbeiten. Unser neuer EDU-Nationalrat Erich Vontobel wird Einsitz in der APK, also der Aussenpolitischen Kommission nehmen. ●



Freude herrscht: Nach 20 Jahren stellt die EDU wieder einen Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Diese Freude liess sich auch alt Nationalrat Markus Wäfler (links im Bild) nicht nehmen und begleitete unsere Nationalräte ins Bundeshaus beim Start in die Wintersession. Auch für Andreas Gafner eine grosse Ermutigung, zusammen mit dem Ratskollegen Erich Vontobel die kommenden Aufgaben anzugehen. Wir wünschen viel Freude, Kraft und Segen.

Sag mir, wie du heisst

Namen und Bezeichnungen können uns beeinflussen. Was im Alltäglichen meist harmlos ist, wird in der Informationspolitik zur Waffe.



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Alltags-Wortspiele

Um das zu verdeutlichen, nehme ich ein harmloses Beispiel: Zweiradfahrzeuge.

Vom Erfolgsmodell «Velo» gibt es immer mehr Varianten. Eine ist das «Elektrovelo», kurz «E-Bike» genannt, was wiederum von einigen als «Easy-Bike» interpretiert wird, weil man damit bequemer vorwärtskommt. Kritiker nennen es «AKW-Töffli». Apropos «Töffli»: Das ratternde und meist stinkende Gefährt, das in meiner Schulzeit sehr beliebt war, wurde hinter vorgehaltener Hand auch «Furz-Velo» genannt; dies meist von denen, die aus irgendeinem Grund kein solches besaßen. Wem sein «Chlapf» zu langsam war, der «frisierter» ihn – dann stank es noch mehr.

Jede Benennung enthält eine zusätzliche Botschaft: Über technische Eigenschaften, den Komfort, problematische Seiten oder die persönliche Haltung. Manche Ausdrücke finden auch einfach deswegen Verbreitung, weil sie witzig sind.

Schlagwörter

Demgegenüber sind zahlreiche Schlagwörter aus Gesellschaft und Politik nicht harmlos. Mit kaum etwas anderem lässt sich die öffentliche Meinung so leicht lenken. Während wir den Inhalt von Zeitungsartikeln meist rasch vergessen, bleiben Schlagwörter noch lange haften. Manchmal reicht es, wenn wir sie einmal gehört haben. Plötzlich sind sie in aller Munde und machen Stimmung. Durch sie wird Macht ausgeübt. Sie scheinen die ganze Wahrheit zu fassen (was nie stimmt) und lassen entsprechend keine andere Auffassung neben sich gelten. So spalten sie die Bevölkerung. Wer sie anzuzweifeln wagt, fasst ein Tabu an und gerät ins Kreuzfeuer.

Dramatisierung und Ablenkung

Schlagwörter aus älteren Zeiten waren der Wahrheit oft noch nahe. Der Ausdruck «Umweltver-



schmutzung» zum Beispiel bezeichnet treffend ein bis heute aktuelles Problem, so auch «Elektro-smog». Durch Abfälle, Abgase, Spritzmittel und Strahlung ist unsere Gesundheit gefährdet – die Massenmedien müssten eigentlich täglich voll sein davon. In Deutschland, wo die Strahlungs-Grenzwerte um mehr als hundertmal höher sind als in der Schweiz, sterben neben manchen Antennen die Bäume ab. Was mag dies wohl mit den Menschen machen?

Aber statt deswegen Alarm zu schlagen, wird uns mit der «Klimakatastrophe» der Kopf gewaschen, der «CO₂-Treibhaus-Effekt» werde unseren Planeten vernichten... Und obwohl die Eisfläche der Antarktis seit einiger Zeit wieder wächst und eine Tendenz zur Abkühlung signalisiert, werden in Holland Landwirte enteignet, weil angeblich ihr Vieh zu viel CO₂ und Methan produziert. Schlagwörter sind nicht einfach Redensarten; sie fordern Opfer.

Spaltungen

Die meisten modernen Schlagwörter sind noch perfider: sie greifen direkt Menschen an. «Coronaleugner», «Schwurbler», «Verschwörungstheoretiker», «Maskenverweigerer», «Massnahmenkritiker», «Impfskeptiker», «Pandemietreiber» ... Solche Schlagwörter transportieren nicht Informationen, sondern heizen Feindschaft an. Wie anders hätte geklungen: «Impfskepsis» (statt «-skeptiker») und «Massnahmenkritik» (statt «-kritiker»). Da hätte man diskutieren können – und müssen.

Aber auch die «Massnahmenkritiker» hatten ihre Schlagwörter: «Plandemie», «Spikung», «Maulkorb», «Impfterror» ... All dies greift zu kurz, die Zusammenhänge sind komplexer. Aber man muss diesen Schlagwörtern zugutehalten: Sie richten sich nicht gegen Menschen, und ihre Aussagen können geprüft werden. Sie provozieren, regen aber auch zum Nachdenken an.

Wohin mit Schlagwörtern? Mein Vorschlag: Sie als solche entlarven und gründlich durchdenken. Dann zeigt sich, wo ein berechtigtes Anliegen dahintersteckt, und welchem Schlagwort seine Schlagkraft gebrochen werden muss. ●



In der Ruhe liegt die Kraft, nicht in der Hysterie!

Der Wunsch oder die Sehnsucht nach Ruhe ist tief im Menschen verankert. Eigentlich besteht dieses Sehnen seit dem Verlust der Ruhe im Garten Eden. Dort hat der Mensch durch den Sündenfall und die damit aufgeladene Schuld sich von Gott, vom Nächsten und sich selbst distanziert und das Grundvertrauen verloren. Ihm fehlen seither diese Ruhe und der Frieden. Aber durch Einsicht und Umkehr kann dies – Gott sei Dank – wieder hergestellt werden.



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Damit es so bleibt, ist es wichtig, eine gezielte Psychohygiene zu betreiben. Dazu gehört auch der Umgang mit Informationen und deren inhaltliche Prüfung. Nicht jede Information ist nützlich. Gerade den Medien gegenüber bedeutet Distanz sehr oft auch Schutz, im Wissen darüber, dass sie sich primär der Auflagenstärke und nicht der Wahrheit verpflichtet fühlen. Dies wird vor allem im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz von hoher Wichtigkeit sein! Deshalb sollten wir bereits jetzt unsere Sinne schulen!

Plausibilität ist nicht gleich Wahrheit

Vor diesem Hintergrund sollte auch der omnipräsente Klimawandel gesehen werden. Denn auch bei dieser Thematik stellt man – wie bei jeder hysterischen Propagandawelle – fest, dass in ihr durchaus ein Teil Wahrheit ist. Und diese überstrahlt im Sinne eines Halo-Effektes alles andere und bewirkt eine gewisse Plausibilität. Aber Plausibilität ist nicht mit Wahrheit gleichzusetzen! So bestreiten eigentlich nur sehr wenige Leute den Klimawandel, der sich auch sehr einfach nachweisen lässt. Nur, da hat man einfach ein Wort noch eingeschoben und wiederholt es zigtausend Male bis zur erwünschten Sozialisierung: der «mensenverursachte» Klimawandel. Also eine klare Schuldzuweisung! Mit diesem Schuldgefühl wird nun nicht nur Politik gemacht, sondern auch Geschäftemacherei betrieben.

Dazu hielt Dr. Hannes Geisser einen sehr nüchternen Vortrag unter dem Titel «Palmenstrand und Gletschereis». Herr Geisser studierte und doktorierte als Biologe

und ist Direktor des Thurgauer Naturmuseums. Er beurteilte das vom Mainstream auf den Schild gehobene Thema völlig sec aus naturwissenschaftlicher und historischer Sicht. Ja, der Klimawandel finde statt und die Welt verändere sich. Aber in der Wissenschaft herrsche keine Einigkeit darüber, wie gross der Anteil des Menschen an der Erwärmung sei. So sei es in früheren Zeiten schon deutlich wärmer, aber auch schon extrem viel kälter gewesen. Das zu einer Zeit, als der Mensch noch nicht fossile Brennstoffe verwendete. Zudem seien bislang rund 350'000 wissenschaftliche Publikationen zum Klimawandel veröffentlicht worden, mehr als die Hälfte davon in den letzten fünf Jahren. Basierend auf diesen Grundlagen veröffentlicht der Weltklimarat IPCC Szenarien, die verschiedene Zukünfte prognostizieren: von einer Welt, die sich nur moderat von der jetzigen unterscheidet, bis hin zu einer mit starken Veränderungen.

Interessant ist dabei, dass wir vom Mainstream nur eine Version hören. Kommt uns das bekannt vor? Wie war das bei Corona? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt... Aber zurück zu Dr. Geisser, welcher im Fazit festhielt, dass sich der Klimawandel nicht aufhalten lasse, im besten Falle lasse sich sein Ausmass beeinflussen.

Nur nebenbei: dies war kein christlicher Anlass. Aber als dieser Biologe mit den Worten schloss: «Die Diskussion um den Klimawandel verlangt nicht Angst, sondern vielmehr systematische Analyse, gut durchdachte Entscheidungen, sorgfältige Bewertungen und gesellschaftlich breit abgestützte Massnahmen», hatte ich nur noch ein «Amen» übrig. ●

Ideologischer Leitfaden für Schulen

Die Kündigung ist rechts, entschied das Bundesgericht: Der Lehrer Thomas D. (Name geändert) darf nicht mehr in seine Schule zurückkehren. Der Vorwurf gegen ihn: Er weigerte sich, eine Trans-Schülerin mit Jungennamen anzusprechen. Dieser bislang beispiellose Fall zeigt, wo die Schweiz und ihre Schulen stehen. Und er gibt Anlass, ein Dokument kritisch unter die Lupe zu nehmen, das auch an besagter Schule in Verwendung ist.

Ursula Baumgartner, Biologin, Stiftung Zukunft CH

Das «Transgender-Network Switzerland» (TGNS) gab im Jahr 2019 in Zusammenarbeit mit der «Fondation Agnodice» einen «Best-Practice-Leitfaden für eine Transition in Schule und Ausbildung» heraus. Darin wird völlig kritiklos gefordert, Schüler mit Transitionswunsch zu unterstützen und die Transition [*Massnahmen zur «Anpassung an die Geschlechtsidentität», Anm. d. Red.]* zu ermöglichen, damit alle «entsprechend ihrer Geschlechtsidentität» leben könnten. Dass Forderungen nach zusätzlichen Sport-Umkleideräumen und eigenen Schlafzimmern bei Klassenreisen völlig weltfremd sind, weiss jeder, der mit dem System Schule vertraut ist. Doch schlimmer noch: Der Leitfaden verlangt nicht nur, Trans-Schülern Dokumente auf die gewünschte Identität auszustellen, «unabhängig von amtlichen Änderungen», was einer Dokumentenfälschung gleichkommt. Er ignoriert auch, dass keine Transition, weder sozial noch hormonell oder chirurgisch, aus einem Mädchen einen Jungen macht oder umgekehrt. Dafür macht sie aus Menschen lebenslange Patienten. Dieses Wissen darf man Schülern nicht vorenthalten. So sagt der Lehrer Thomas D. im Interview mit Zukunft CH (Magazin 1/2024): «Es gehört zu meiner Fürsorgepflicht, Kinder, die sich eventuell in einer labilen Entwicklungsphase befinden, durch mein Verhalten nicht zu verwirren, indem ich so tue, als würde das biologische Geschlecht nicht existieren.»



Länder rudern zurück

Seit Jahren steigt weltweit nicht nur die Zahl an jungen Menschen, die sich als «trans» bezeichnen und behandeln lassen, sondern auch die Zahl an «Detransitionern» – Menschen, die nach einer Transition wieder in ihrem Geburtsgeschlecht leben wollen. Dass eine bedingungslose «Akzeptanz der Geschlechtsidentität» dem «Wohl des Kindes» diene, wie TGNS behauptet, lässt sich also überhaupt nicht belegen. Im Gegenteil: irreversible Schäden wie brüchige Knochen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Unfruchtbarkeit sind mögliche Langzeitfolgen. Diese Erkenntnis setzen nun einige Länder um: Frankreich, Norwegen, Schweden und Finnland sprechen sich vehement gegen Pubertätsblocker oder geschlechtsverändernde Eingriffe bei Jugendlichen aus oder verbieten sie vollständig.

Ignorierte Folgeschäden

In der Schweiz stellte EDU-Nationalrat Andreas Gafner 2022 dem Bundesrat die Frage, wie er es rechtfertige, dass in der Schweiz die Verabreichung von Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und Geschlechtsamputationen bei Minderjährigen legal sind, obwohl die Eingriffe massiven Schaden auslösen. Der Bundesrat verwies lediglich auf die Sorgfaltspflicht der Ärzte und sah keinen Handlungsbedarf. Auch TGNS ignoriert all die Folgeschäden und bezeichnet sich weiterhin als «kompetenter Partner für Coming-Out-Begleitungen». Ein Leitfaden jedoch, der unwissenschaftlich agiert und ohne Bedenken Ratschläge in eine Richtung erteilt, die von vielen Fachleuten als falsch und schädlich erkannt wurde, verdient diesen Namen nicht. Er leitet in die Irre. Zukunft CH fordert darum das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und die Bildungsdepartemente in einem offenen Brief auf, die Verwendung dieses Leitfadens an Schulen umgehend zu stoppen, zum Schutz von Schülern, Eltern und Lehrern – und damit der Fall von Thomas D. ein Einzelfall bleibt. ●

Ultraknapper Entscheid gegen Experimente bei Minderjährigen

Mit dem Stichentscheid des Grossratspräsidenten hat der bernische Grosse Rat einer Motion mit 76 zu 75 Stimmen zugestimmt, die irreversible Eingriffe zur Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen verbieten wollte. Zusammen mit Tom Gerber (EVP), Korab Rashiti (SVP) und Anne-Caroline Graber (SVP) habe ich diese Motion mit ihren beiden Forderungen eingereicht.



Samuel Kullmann, Grossrat EDU BE

Wir haben den Regierungsrat beauftragt:

1. die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu irreversiblen Eingriffen zur Geschlechtsumwandlung nur Personen vorzubehalten, die nach schweizerischem Zivilgesetzbuch volljährig sind;
2. die Begleitung von Jugendlichen, die mit Fragen der Geschlechtsidentität zu kämpfen haben, zu stärken, indem nichtmedizinische und reversible Ansätze bis zur Volljährigkeit bevorzugt werden.

Der Entscheid fiel stark entlang der Parteilinien: EDU, EVP und SVP stimmten einstimmig zu, bei der FDP gab es eine Abweichung. Dies hätte gegen die geschlossenen Linien von SP, Grünen, Grünliberalen und Mitte nicht gereicht, wären auf der anderen Seite nicht leicht mehr Abwesenheiten gewesen, und hätte der Ratsleiter nicht gegen seine eigene Mitte-Fraktion gestimmt und mit Stichentscheid die Motion angenommen.

In meinem Votum (**siehe QR-Code**) habe ich darauf hingewiesen, dass der Körper eines Jugendlichen aus ca. 20 Billionen

Zellen besteht, von denen alle eindeutig ein Geschlecht (XX oder XY definieren). Wenn die LGBTQ-Lobby von Geschlechts-«angleichenden» Operationen spricht, ist dies eine grosse Irreführung, denn ein perfekt funktionierender Körper eines Jugendlichen wird entgegen seiner DNA stark umoperiert – mit lebenslangen Folgen wie Unfruchtbarkeit oder einer extrem hohen Rate an Komplikationen nach einer OP. Da es keine klinischen Langzeitstudien über die langfristigen Auswirkungen der Pubertätsblocker auf Jugendliche gibt, sollten vielmehr psychotherapeutische Ansätze verfolgt werden. Zumal versöhnen sich gemäss verschiedenen Studien über 80 % der Kinder mit Geschlechtsdysphorie nach der Pubertät mit ihrem biologischen Geschlecht.

Der Entscheid des Berner Kantonsparlaments ist ein wichtiges Signal, dass mit Minderjährigen keine medizinischen Experimente gemacht werden sollen.

Durch Einscannen dieses QR-Codes gelangen Sie zur Rede von Samuel Kullmann im Grossen Rat.



Vorsicht geboten beim neuen Epidemiengesetz

Der Bundesrat hat Ende November 2023 seinen Vorschlag für eine Teilrevision des Epidemiengesetzes vorgestellt. Die Vernehmlassung bei Parteien und Verbänden hat begonnen und läuft bis zum 22. März 2024.

Bei der Analyse der brisantesten Änderungen zeigt sich: Viele Massnahmen, die in der Corona-Zeit stark umstritten waren, sollen eine dauerhafte gesetzliche Grundlage erhalten. Hier einige Schwerpunkte der geplanten Änderungen (Quelle: nebelspalter.ch, 6. Dezember 2023):

- Bisher war die Grundlage dafür im Covid-Gesetz, neu soll das Covid-Zertifikat auch im Epidemiengesetz vorgesehen werden. (Art. 49b)
- Die Weltgesundheitsorganisation WHO plant ein weltweites Zertifikats-System für Dokumente wie den Impfausweis. Mit dem neuen Epidemiengesetz wird die Grundlage für die Teilnahme am Programm der WHO geschaffen. (Art. 62a)

- Eine ansteckende Person wird verpflichtet, die Behörden über private Kontakte zu informieren («Contact Tracing»). Zuvor war der Arzt zuständig. (Art. 33 Abs. 2)
- Neu sollen Verbote von Menschenansammlungen im Epidemiengesetz explizit vorgesehen sein (als neue Kompetenz der Kantone). Bisher konnte nur das Betreten und Verlassen bestimmter Gebäude und Gebiete sowie bestimmte Aktivitäten an definierten Orten verboten werden. (Art. 40 Abs. 2 Bst. C)
- Auch ohne «Besondere Lage» soll der Bundesrat eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr aussprechen können. (Art. 40a)
- Bahnhöfe oder Fluggesellschaften können verpflichtet werden, die Impfausweise der Reisenden zu kontrollieren – sämtliche Unternehmen im grenzüberschreitenden Verkehr müssen bei einer Grenzschliessung mitwirken. (Art 43 Abs. 1 Bst. bbis)

Mediendienst EDU Schweiz



Grundsätzliche Überlegungen zur weiteren Auflage des Davoser WEFs

WEF in Davos: Verkommt die Schweiz vom blossen UNO-Mitglied immer offensichtlicher zur Globalisten-«Mittälerin»?

Die Schweiz als Komplizin?

Vom 15.-19. Januar 2024 findet in Davos eine weitere Auflage des Weltwirtschaftsforums WEF statt. Mit den Jahren wird immer offensichtlicher, dass Klaus Schwab und das WEF die gleichen Ziele verfolgen wie die Globalisten der UNO. Wird die Schweiz nun – gerade mit dem Davoser WEF und der ihm gewährten Unterstützung – endgültig zum Stegbügelhalter der Globalisten?

Christian Wider, Journalist, Oftringen AG

Vor fünf Jahren, genau am 13. Juni 2019, unterzeichneten das WEF und die UNO einen «Strategischen Partnerschaftsrahmen», um «gemeinsam die Umsetzung der Agenda 2030 der UNO für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen». Die Schwerpunkte: Finanzierung, Klimawandel, Gesundheit, digitale Zusammenarbeit, Geschlechtergleichstellung und Bildung. Im darauffolgenden Jahr unterzeichnete das WEF ein Abkommen mit dem Schweizer Auswärtigen Amt EDA, um unter anderem bei genau diesen Zielen für nachhaltige Entwicklung zusammenzuarbeiten. Hinzu kommt, dass die Schweizer Regierung dem WEF in mehrfacher Hinsicht Jahr für Jahr den roten Teppich ausrollt: Einerseits durch den jährlich geleisteten, immensen finanziellen Aufwand (allein der WEF-Armeeinsatz ist mit jährlich 32 Millionen Franken budgetiert) und andererseits durch weitere Geheimabkommen, durch die dem WEF in vielen Belangen weitestgehende Immunität gewährt wurde. Das alles offiziell rechtfertigen zu wollen mit dem Segen für die Tourismusbranche, den das WEF bringe oder mit dem Argument, dies gehöre halt zu den «guten Diensten» der Schweiz, ist nicht plausibel.

Digitale Währung

Im Vorstand des WEF sitzen Leute wie Bill Gates und Yuval Hariri. Für letzteren stellt gemäss seinen Büchern die Digitalisierung die Rettung des Menschen dar, durch die der Mensch sein überholtes Menschsein ablegen müsse zugunsten eines Status als «Übermensch» ... Auch Klaus Schwab singt in seinem Buch «The Great Reset» das Hohelied der Digitalisierung, durch die der Mensch viel effektiver und besser wirtschaften und in einer Gesellschaft zusammenleben könne.

Ganz im Einklang damit propagiert das WEF heute, wie anhand seiner Websites unschwer nachzuweisen ist, eines der grossen UNO-Ziele im Bereich des Finanzwesens, nämlich die digitale Einheitswährung. Durch diese soll eine Gesellschaft angestrebt werden, in welcher die Bürger kaum noch über eigenes Kapital verfügen. Stattdessen sollen sich die Menschen die Dinge ihres täglichen Bedarfs durch das System einer zentralen Digitalwährung, der «Central-Bank-Digital-Currency» («CBDC»), vom Staat digital ausleihen können. Tatsache ist, dass bereits heute eine ganze Reihe von Regierungen – wie die USA, China, Brasilien, Kanada, Deutschland und Österreich – an der konkreten Verwirklichung dieses CBDC-Systems arbeitet!



Hier gestalten wir mit

Das Engagement der EDU im Grossen Rat ist vielseitig. Es gilt, bei grösseren wie auch kleineren Geschäften mitzudenken und mitzureden. Hier eine grobe Zusammenfassung, wo und wie die EDU-Fraktion in der vergangenen Session vom 27. November bis 6. Dezember 2023 mitgestaltet hat.

EDU-Grossratsfraktion

Ausbildung zum Genesungsbegleiter, Katharina Baumann

Die gesellschaftliche Problematik rund um psychische Erkrankungen ist gross. Fehlende Kapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, aber auch in der Erwachsenenpsychiatrie hinterlassen grosse Lücken. Als Mitmotionärin hat Katharina einen Vorstoss eingereicht, damit eine Weiterbildung zur Genesungsbegleiterin oder zum Genesungsbegleiter ermöglicht wird. Dies als Ergänzung oder eben Entlastung zum oft fehlenden hoch qualifizierten und teuren Personal. Dieser pragmatische Lösungsansatz zur Qualitätssicherung unserer Gesundheitsversorgung wurde vom Grossen Rat dann auch angenommen.

Budget – medizinische Grundversorgung in den Regionen, Katharina Baumann

Die aktuelle Gesundheitspolitik zeigt, dass den Regionen vermehrt eine ortsnahe Grundversorgung entzogen oder erschwert wird. Aus wirtschaftlichen Gründen werden Spitäler geschlossen. Sinnvolle und bezahlbare Zukunftslösungen im Bereich medizinische Grundversorgung und auch beim Thema Notfalldienste müssen aber auch weiterhin möglich bleiben. Obwohl die Planungserklärung zum Finanzplan 2025–2027 im Rat keine Mehrheit fand, unterstützte die EDU-Fraktion eine moderate Aufstockung der finanziellen Mittel.

Berufserfahrung von Lehrpersonen stärken, Katharina Baumann

Die Anrechenbarkeit der Berufserfahrung ist für die Einstufung der Gehälter von neu bzw. wieder in den Schuldienst eintretenden Lehrpersonen wichtig. Aufgrund des akuten Lehrpersonenmangels, aber auch für eine faire Besoldung

von Wiedereinsteigern und -Einsteigerinnen ist es wichtig, dass auch kürzere Stellvertretungen angerechnet werden. Als Mitmotionärin setzte sich Katharina erfolgreich für eine faire Berücksichtigung geleisteter Berufserfahrung ein.

Dezentrale Ausbildungsinfrastruktur für Feuerwehr und Zivilschutz erhalten, Dominik Blatti

Heute bestehen, über den ganzen Kanton verteilt, gute Ausbildungszentren. Die Angehörigen von Feuerwehr und Zivilschutz aus angrenzenden Kantonen trainieren ebenfalls in diesen Zentren. Dezentrale Ausbildungsstätten bilden einen wichtigen Eckpfeiler in den Regionen. Für dienstleistende Personen ist es wichtig, dass sie in ihrer Region ausgebildet werden und keine weiten Wege auf sich nehmen müssen. Als Motionär setzte sich Dominik für den Erhalt dieser Ausbildungszentren ein.

Touristische Entwicklung in den Intensiv-erholungsgebieten nicht unnötig einschränken, Jakob Schwarz

Erfreulicherweise hat der Regierungsrat diese Motion zur Annahme empfohlen. Leider relativierte er aber in der Antwort stark und stellte die Bewilligungsfähigkeit von Infrastrukturen wie Spielplätzen, Verpflegungsmöglichkeiten oder Toilettenanlagen in diesen Zonen in Frage und beharrte auf dem Nachweis der Standortgebundenheit für neue Angebote. Als Mitmotionär hat Jakob darauf hingewiesen, dass wir mit den klimatischen Veränderungen in den Tourismusregionen in Zukunft vermehrt darauf angewiesen sind, neue Angebote schaffen zu können. Daher forderten wir eine tourismus- und wirtschaftsfreundliche Auslegung, damit die zu diesem Zweck geschaffenen Zonen auch wirklich touristisch genutzt werden können. •



Ämter müssen effizienter werden

Zwei Motionen von bürgerlicher Seite verlangten einen Bericht, der aufzeigt, wie effizient das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) und die Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder (OLK) arbeiten. Bauherren wie auch Gemeinden warten für Bauvorhaben und Einzonungen oft viel zu lange, bis sie von den genannten Ämtern die Mitberichte erhalten.

Dominik Blatti

Die nun vorliegenden Berichte des Regierungsrats sind leider nicht zu unserer Zufriedenheit ausgefallen – weshalb die EDU-Fraktion zusammen mit der Mehrheit des Grossen Rates diese teilweise mit Auflagen zurückgewiesen hat. Wir von der EDU-Fraktion bemängeln im Speziellen die Verflechtung von OLK und AGR. Wir sehen,

dass die Arbeitslast für die Ämter in den letzten Jahren zugenommen hat. Wir kritisieren die neu geschaffenen 500-Stellenprozent nicht, möchten aber ganz klar sehen, wie diese neuen Stellen zur Verfahrensbeschleunigung beitragen. Das Ziel muss unbedingt sein, dass die Baubewilligungsverfahren und Ortsplanungen rascher vorangetrieben werden. •

Revision der Motorfahrzeugsteuer

20 Monate ist her, seit im Kanton über die Revision der Motorfahrzeugsteuer abgestimmt wurde. Die EDU-Fraktion hat die damaligen Anpassungen gestützt, sie wurden aber vom Volk abgelehnt. Es ist unschön, nach so kurzer Zeit wieder mit demselben Anliegen zu kommen – erst recht, wenn dies auf sehr einseitige Weise geschieht.

Katharina Baumann

Ja, unsere Fahrzeuge sollen besteuert werden, die Strassen müssen in Stand gehalten und finanziert werden. Dies auch in Zukunft. Eine ökologische Revision der Motorfahrzeugsteuer darf aber auf keinen Fall einseitig bleiben. Es ist zu einfach, die anfallende finanzielle Verantwortung auf den politischen Gegner zu schieben! Viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Kanton sind auf kräftige und starke Fahrzeuge angewiesen. Dies aus regionalen, beruflichen oder gewerblichen Gründen. Es ist störend, dass alle Fahrzeuge über einen Leist geschlagen und einzig aufgrund von Gewicht, Hubraum und CO₂-Ausstoss beurteilen werden.

Eine fortschrittliche Beurteilung setzt differenziertes Wissen und den Einbezug von neuen Technologien voraus! Eine echte ökologische Revision umfasst zwingend auch die Besteue-

rung der stetig wachsenden E-Mobilität und anderen alternativen Technologien. – Auch wenn ich ein begeisterter E-Mobil-Fan bin! Die EDU-Fraktion hat den Vorstoss abgelehnt. Es bedarf einer mehrheitstauglichen Vorlage, die dann auch von Hüben und Drüben getragen wird. Das ist noch gerade Zukunftsmusik. •





Für eine integrierte Wasserbewirtschaftung

Der Grosse Rat stimmte diesem Postulat der Grünen einstimmig zu. Auch die EDU-Fraktion stellte sich dahinter, nachdem wir im Vorfeld gefordert waren, ideologische Interessen zu prüfen und uns als Vorbilder mit schöpferischen Werten einzulesen und einzubringen.



Bruno Martin

In der Drei-Seen-Region (Bieler-, Neuenburger- und Murtensee), also im Seeland, erlebten wir ab 2003 Hochwasser und Trockenphasen, welche besonders ausgeprägt waren und noch gut in Erinnerung sind. Regen kann punktuell und lokal in grossen Mengen anfallen. Die Wassermengen gelangen dabei immer schneller aus den Einzugsgebieten durch Schneeschmelze, Gewitter und Regenfronten in die Juraseen. Die interkantonalen Abkommen und Regelwerke der Anrainerkantone (Aargau, Bern, Freiburg, Neuchâtel, Solothurn und Waadt) bewirken einen Engpass im Stauwehr Murgenthal und Port im Nidau Büren Kanal. Auch sind die Möglichkeiten der Abflussmengen – über den Zihlkanal in den Neuenburgersee und danach durch den Broyekanal in den Murtensee – beschränkt. Vor allem, je schneller die Aare in Hagneck den Bielersee hochsteigen lässt.

Wasserversorgung stösst an Grenzen

Nicht ausser Acht zu lassen sind versiegelte Flächen und verdichtetes Kulturland, welche das Wasser anstelle der Versickerung vor Ort schneller in Gewässer abfliessen lassen. Das bedeutet, dass auch das Auffüllen der Grundwasservorkommen dadurch nicht mehr optimal verläuft. Da können wir direkt beim Grundwasser bleiben und die entgegengesetzte Situation bei Trockenphasen betrachten. Die Grundwasserspiegel im besagten Seeland waren 2003 auf einem Tiefststand. Trinkwassergewinnung und die Bewässerung von Privat- und Kulturland stossen an Grenzen und stimmen uns nach-



denklicher. Die Torfböden sacken noch mehr ab. Der Wasserhaushalt gerät aus dem Gleichgewicht. Versiegelte Böden und humusarme, verdichtete Kulturlflächen brauchen bei Trockenheit mehr Wasser, das mehrheitlich auch aus dem Grundwasser bezogen wird und die Situation noch verstärkt.

Die Motionäre wollen auch, dass Naturflächen erhalten werden und Pflanzen wie die Tiere nicht zu wenig Wasser haben. Vor allem die Grundwasserspiegel erhalten die Werte der Feuchtstandorte mit ihrer Fauna und Flora. Wir haben die Aufgabe, die Interessen der Bevölkerung mit nachhaltigen und schöpferischen Werten einzubringen. Die Interessen der produzierenden Landwirtschaft, der Ernährungssicherheit, des Naturschutzes und Tierschutzes, wie auch der Gesundheit unserer Bevölkerung sind ebenso zu wahren.

Schon jetzt arbeiten die Kantone mit den verantwortlichen Landwirtschaftsorganisationen daran, Bewässerungsstrategien aus Fliessgewässern zu planen – im Sinne einer nachhaltigen Wasserstrategie 2025. Diese Strategie der Kantone erfüllt für unsere Fraktion wohl die Anliegen der Motionäre. •



Mit diesem QR-Code gelangen Sie direkt zu den Voten der EDU-Grossräte, die sie in der Wintersession 2023 gehalten haben (einfach mit dem Handy abfotografieren und auf den Website-Link klicken).



Wahlen



Adelboden:

Willy Schranz neuer Gemeinderatspräsident

Bei den Ersatzwahlen vom 26. November wurde Willy Schranz zum neuen Gemeinderatspräsidenten von Adelboden gewählt. Er setzte sich mit 813 Stimmen in einer Kampfwahl sehr deutlich gegen die Kandidaten der SVP und der FDP durch. Wir gratulieren Willy zu diesem ehrenvollen Resultat und wünschen ihm viel Kraft in seiner neuen Aufgabe!

Dass er die Wahl bereits im 1. Wahlgang schaffen würde, hielt er im Vorfeld nicht für möglich.

«Das Vertrauen der Bevölkerung freut mich sehr, bringt aber auch Erwartungen mit sich. Mit Respekt trete ich mein Amt an und freue mich auf die neue Herausforderung», so Willy Schranz zu seinem Wahlergebnis. «Ich freue mich sehr, für die EDU politisieren zu dürfen. Die Werte, auf denen wir aufbauen, sind für mich ein grosses Geschenk und ohne diese wäre ich oftmals orientierungslos und verloren. Sich immer wieder auf diese zu besinnen und auch die Unterstützung zu spüren, stimmt mich optimistisch für die kommende Legislatur.»



Erlenbach im Simmental:

Jonas Gafner neu im Gemeinderat

In der Gemeinde Erlenbach im Simmental waren für die Gemeindeversammlung vom 7. Dezember die Gesamterneuerungswahlen des Gemeinderats für 2024–2027 traktandiert. Weil nicht

mehr Vorschläge eingingen, als Sitze zu vergeben sind, ist im Gemeinderat ein neues Quartett still gewählt worden. Im siebenköpfigen Gemeinderat wird die EDU künftig von Jonas Gafner vertreten. Herzlichen Glückwunsch und viel Weisheit in diesem ehrenvollen Amt! •

Beten bewegt

Krista Baier, Präsidentin EDU Stadt Bern



1 Johannes 1–3: Wir haben Ihn mit unseren eigenen Augen gesehen. Wir blickten Ihn an und hörten Ihn sprechen. Unsere Hände berührten Ihn tatsächlich, denjenigen, der von Anfang an war, der der lebendige Ausdruck Gottes ist. Der Lebensspender wurde sichtbar und wir haben Ihn gesehen. Wir bezeugen diese Wahrheit: Der ewige Lebensspender lebte von Angesicht zu Angesicht mit dem Vater und ist jetzt auf uns herabgekommen.

Unser Himmlischer Vater hat uns Seinen geliebten Sohn als zartes verletzbares Baby in diese Welt gegeben, damit wir nicht mehr in der Finsternis sind, wenn wir an Ihn, Jesus Christus von Nazareth glauben. Während Jesus in seiner kurzen Wirkungszeit zu den Menschen sprach, war «das Licht der Welt» immer Thema: Jesus ruft sein Schlusswort laut und unmissverständlich in die Volksmenge hinein: **«Ich bin als Licht in die Welt gekommen, damit jeder, der an mich glaubt, nicht in der Finsternis bleibt.»** (Johannes 12:46)

Dadurch, dass wir unser Leben Jesus übergeben haben und nicht länger wir, sondern Er in uns wohnt, sind wir Träger Seiner Gegenwart. Somit ist unser Auftrag, Licht in diese Welt zu bringen, um die Dunkelheit und das Böse zu vertreiben! (Galater 2:20) **«Und nicht mehr lebe ich, sondern Christus lebt in mir.»**

Wir loben und preisen dich, Vater, Herr des Himmels und der Erde von ganzem Herzen, AMEN. •

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN

Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION

Anian Liebrand

GESTALTUNG

mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Seite 1: AdobeStock
Seite 2: AdobeStock
Seite 3: AdobeStock

Digitale Identität

Ein anderes Hauptziel der UNO und des WEF, ebenfalls auf den diversen Homepages unschwer auszumachen, ist die Propagierung einer digitalen Identität, die jedem Bürger zugeteilt werden soll. Durch diese werde das Leben viel sicherer, schneller und einfacher ... Doch zur Kehrseite kommend, erlaubt eine solche digitale Identität auch – wie für alle leicht erkennbar – die totale Überwachung des Bürgers, da jede seiner täglichen Aktivitäten dadurch überwacht werden kann. Vollends hellhörig sollte man werden, wenn man erfährt, dass Klaus Schwab in seinem Buch «Die vierte industrielle Revolution» darüber schreibt, dass jeder Bürger diese digitale Identität in einem Chip in seinem Körper tragen könne ...

Treu den Zielen 2030 der UNO stellt das WEF ferner ein auf dieser digitalen Identität basierendes System eines «Sozialranking» in Aussicht. Durch ein solches System könnte etwa das tägliche Sozial- oder Umweltverhalten jedes Bürgers digital überwacht und von der Regierung klassifiziert werden. Und die Regierung könnte dann beispielsweise den einzelnen Bürger in Bezug auf sein konkretes Sozial- oder Umweltverhalten begünstigen, tadeln oder büssen – ganz nach chinesischem Vorbild ...

Eine Art Staatskapitalismus ...

Eines der bekanntesten Zitate des WEF-Gründers Klaus Schwab lautet: «Du wirst nichts besitzen und glücklich sein!» Wie bei der Propagierung der digitalen Währung und des CBDC-Systems des digitalen Ausleihens und Borgens vertritt Schwab sowohl in seinen Büchern als

auch auf den Seiten der WEF-Homepage immer wieder einen Weg, der vom traditionellen Kapitalismus weg führen soll – hin zu einer Art «drittem Weg zwischen dem bisherigen Aktionärs-Kapitalismus und dem Staatskapitalismus». Deutlicher wird dies etwa, wenn er verlangt, dass das bisherige System der Aktionäre (Miteigentümer oder engl. «Shareholders» einer Firma) unbedingt ersetzt werden müsse durch ein System von Risikoträgern (engl. «Stakeholders»). Unter «Risikoträgern» versteht er zusätzliche Verantwortliche, welche das Risiko einer Firma mittragen sollen, insbesondere auch in Bezug auf die Umwelt sowie den Miteinbezug der LGBTQ-Menschen in die Gesellschaft. Und weil nur der Staat der grösste «Risikoträger» in den genannten Bereichen sein kann, bedeute das, dass viele andere Personen und insbesondere der Staat (z. B. als Garant für die Umwelt) bei jedem Unternehmen die Verantwortung mittragen und konkret dreinreden sollte ... Wenn man dazu das berühmte-zitierte Zitate von Klaus Schwab einbezieht (eben: «Du wirst nichts besitzen und glücklich sein!»), ist es klar, dass der Weg definitiv weg vom Privateigentum und hin zu einer Art von Staatskapitalismus, also Sozialismus oder Kommunismus führen soll.

Soll nun die Schweiz gerade durch das WEF und seine weltweit hunderten von eigens ausgebildeten und auf diese Ziele getrimmten «Young Global Leaders» (Junge Nachwuchskader) verstärkt zur Drehscheibe der Globalisten und vor den UNO-Karren gespannt werden? – Danken wir für unsere Regierung, bitten wir aber auch inständig darum, dass ihnen die Augen in Bezug auf das WEF wirklich aufgehen! (www.gebet-weltwirtschaftsgipfel-Davos.ch) ●

Dr. Philipp Gut: «EU bestätigt Impflüge»

Der renommierte Journalist und Buchautor Dr. Philipp Gut, der auch schon Referent bei EDU-Anlässen war, sorgte Ende November 2023 mit einer eindrücklichen Recherche – publiziert in der «Weltwoche» und dem Online-Verbund von Portal24 – für Aufsehen. Wir zitieren daraus:

Es ist eine Bombe, welche die Europäische Arzneimittel-Behörde (EMA) in einem Brief an EU-Parlamentarier vom 18. Oktober zündet. Die EMA, vergleichbar der Schweizer Zulassungsbehörde Swissmedic, gibt darin zu, dass die Impfung keine Impfung im eigentlichen Sinne ist, dass sie also nicht vor Ansteckung und Weiterverbreitung schützt. Dafür sei sie gar nie bewilligt worden!

Wörtlich schreibt die EMA an die Parlamentarier: «Sie haben in der Tat Recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass COVID-19-Impfstoffe nicht zur Verhinderung der Übertragung von einer Person auf eine andere zugelassen sind». Die Indikatio-

nen seien «nur zum Schutz der geimpften Personen vorgesehen». Wie bitte? Diese historisch einmalige Impfpropaganda, samt der Verunglimpfung und Diskriminierung der Ungeimpften und der «Impfskeptiker», die als unsolidarische Grossmuttermörder und wandelnde Fassbomben beschimpft und beschuldigt worden sind, hat gemäss den Aussagen der europäischen Zulassungsbehörde also gar keine Faktenbasis, keine epidemiologische Grundlage – und offenbar auch keine reguläre Zulassung.

Die Covid-Impfung, eine der grössten logistischen Operationen der europäischen Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg: Das soll nur ein kosmischer Jux gewesen sein. Es klingt unglaublich. Doch die EMA spricht ausdrücklich von «Missverständnissen» («misconceptions»). Man reibt sich die Augen – und kommt aus dem Reiben nicht mehr heraus.

Quelle: linth24.ch, 26.11.2023

Digitales Zentralbankgeld – und wie weiter mit dem Bargeld?

Am 2. November 2023 veröffentlichte die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine Medienmitteilung mit dem Titel: «SNB lanciert Pilotbetrieb mit digitalem Zentralbankgeld für Finanzinstitute.»



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Darin informiert sie: «Die SNB startet am 1. Dezember 2023 zusammen mit sechs Geschäftsbanken einen Pilotbetrieb mit digitalem Zentralbankgeld für Finanzinstitute, sogenannte Wholesale CBDC (Wholesale Central Bank Digital Currency) auf der regulierten Plattform der SIX Digital Exchange (SDX)». Die SNB und ihre Partnerbanken sind also an vorderster Front mit dabei. Dabei betont die SNB, dass dies nur ein Pilotbetrieb sei und keine Verpflichtung beinhalte, dieses Wholesale CBDC-System dauerhaft einzuführen. Ebenso wird betont, dass – zumindest im jetzigen Zeitpunkt – nicht vorgesehen sei, CBDC für den Zahlungsverkehr von Privatpersonen einzuführen, resp. damit das Bargeld zu ersetzen.

Die enorme Digitalisierung, die international abnehmende Bedeutung und Verwendung von Bargeld, verstärkt durch die Corona-Pandemie, die Zunahme des Internethandels und die Verwendung von Kreditkarten, sowie die Konkurrenz durch digitale Kryptowährungen haben CBDC, nebst Verfahrens- und Kostenvorteilen, gefördert. Die Entwicklung hin zu CBDC und analogen Systemen von digitalen Währungen kann nicht aufgehalten werden und wird ohne Zweifel in naher oder ferner Zukunft die bisherigen Währungssysteme ersetzen. Ein Grund dazu ist die horrende Verschuldung der Staaten, die eine weltweite Einführung von CBDC & Co. stark begünstigt. Trotz technischer und Kosten-Vorteilen beinhalten diese digitalen Währungssysteme eine nicht zu unterschätzende Gefahr: Sie ermöglichen den Ersatz des bisherigen Bargeldes und die totale Kontrolle über die Geldverteilung und -verwendung durch den Staat oder von ihm ermächtigte Instanzen! Auf dieses Ziel hin arbeiten auch die verschiedenen internationalen Bemühungen zur Abschaffung des Bargeldes.

Gefahr für Bargeld

Die enorme Digitalisierung, die international abnehmende Bedeutung und Verwendung von Bargeld, verstärkt durch die Corona-Pandemie, die Zunahme des Internethandels und die Verwendung von Kreditkarten, sowie die Konkurrenz durch digitale Kryptowährungen haben CBDC, nebst Verfahrens- und Kostenvorteilen, gefördert. Die Entwicklung hin zu CBDC und analogen Systemen von digitalen Währungen kann nicht aufgehalten werden und wird ohne Zweifel in naher oder ferner Zukunft die bisherigen Währungssysteme ersetzen. Ein Grund dazu ist die horrende Verschuldung der Staaten, die eine weltweite Einführung von CBDC & Co. stark begünstigt. Trotz technischer und Kosten-Vorteilen beinhalten diese digitalen Währungssysteme eine nicht zu unterschätzende Gefahr: Sie ermöglichen den Ersatz des bisherigen Bargeldes und die totale Kontrolle über die Geldverteilung und -verwendung durch den Staat oder von ihm ermächtigte Instanzen! Auf dieses Ziel hin arbeiten auch die verschiedenen internationalen Bemühungen zur Abschaffung des Bargeldes.



Weg frei für den Überwachungsstaat?

Es klingt vielleicht verrückt, aber CBDC & Co. ermöglichen von der technischen Seite die Realisierung eines Zahlungsverkehrssystems, wie es z. B. in Offb. 13,17 beschrieben wird. Auf diese Zusammenhänge und Gefahr hat z. B. Prof. Dr. Thorsten Polleit, Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, in einem Artikel des Liberalen Instituts im September 2022 hingewiesen. Er verweist auf die Gefahr, dass staatliche Zentralbanken mit Hilfe von digitalen staatlichen Monopol-Währungen den Privat- und Geschäftsbanken den privaten Zahlungsverkehr z. B. durch Verstaatlichung infolge von Verschuldung entreissen könnten, um damit die totale Kontrolle zu etablieren. Er bezeichnet dies als eine Wiedergeburt des Marxismus à la Marx und Engels. Polleit weist auf das bereits bestehende Sozialkreditsystem im kommunistischen China hin. Dort wird mit Hilfe von totaler digitaler Überwachung (mit Gesichtserkennung) und der Regulierung des Zugangs zu digitalem Zentralbankgeld das Wohlverhalten der Bürger erzwungen bzw. erpresst. Zukunftsmusik für uns? Vielleicht eher als uns lieb sein kann.

Prof. Polleit sieht als möglichen Ausweg, das Geldmonopol der Zentralbanken aufzuheben und durch private Herausgeber von Zahlungsmitteln zu ersetzen, die in gegenseitiger Konkurrenz funktionieren könnten. Ich sehe für solche Zukunfts-Aussichten eine Ausweichmöglichkeit mit Waren-Tauschhandel. Als ich anfangs bis Mitte der 70er Jahre meine erste Stelle nach dem Studium antrat, musste ich meinen Lohn zu Beginn persönlich auf dem Personalbüro beim Geschäftsleiter abholen, der gleichzeitig Finanzchef war. Ich musste das Kuvert öffnen und nachzählen und dann in der Liste entsprechend unterschreiben. Rasch wurde mir die Eröffnung eines Lohnkontos empfohlen, was ich natürlich machte. In der Feuerwehr kam unser Kommandant damals Ende Jahr mit einer dicken Mappe unter dem Arm mit über 100'000 Franken drin an die Schlussübung, um allen den Feuerwehrsold fürs vergangene Jahr auszuzahlen. Als ich Jahre später sein Nachfolger wurde, konnte ich diesen Sold bequem auf das Lohnkonto meiner Feuerwehrleute überweisen lassen. Wer weiss, vielleicht werde ich in ein paar Jahren meine AHV und Pensionsrente wieder in bar abholen und unter der Matratze lagern. ●

Wie harmlos ist die digitale ID?

Die Schweiz will auf freiwilliger Basis ab dem Jahr 2026 einen digitalen Ausweis anbieten. Ist dies ein sinnvoller Schritt oder müssen uns Entwicklungen in anderen Ländern in höchstem Mass beunruhigen?



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Mit dem für das Jahr 2026 geplanten digitalen Ausweis könnten sich die Menschen «künftig sicher, schnell und unkompliziert digital ausweisen», sagte Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider vor den Medien.

Die Nutzung sei freiwillig und kostenlos. Alle Dienstleistungen des Bundes, bei denen die E-ID zum Einsatz kommt, würden weiterhin auch analog angeboten.

Tönt harmlos

182 Millionen Franken sind für die Entwicklung und den Betrieb der Infrastruktur, die Ausgabe der E-ID und Pilotprojekte vorgesehen. Zusätzlich wird mit Betriebskosten von jährlich 25 Millionen Franken gerechnet. Die E-ID soll nicht nur digital über eine App zum Einsatz kommen, sondern ebenso für den Altersnachweis, etwa beim Alkoholkauf. Die neue staatliche Infrastruktur soll kantonalen und kommunalen Behörden sowie Privaten zur Verfügung stehen. So sollen Wohnsitzbestätigungen, Betriebsregisterauszüge oder Diplome auf dem Smartphone verwaltet werden können. Dabei wird beschwichtigt, dem Nutzer die grösstmögliche Kontrolle über die Daten zu geben und es werde auf eine dezentrale Datenspeicherung sowie das Prinzip der Datensparsamkeit gesetzt. Wer von Nutzern mehr Daten verlange als im konkreten Fall notwendig, werde durch den Bund auf eine schwarze Liste gesetzt.

Die EU geht weiter

In der EU müssen im Jahr 2030 alle Bürger über eine E-ID verfügen. Den digitalen Identitätsnachweis soll es neben Behörden auch für grosse Online-Plattformen wie Amazon, Booking.com und Facebook, sowie für alle privaten Onlinedienste mit gesetzlicher Pflicht zur Authentifizierung der Nutzer brauchen. Die digitale Brieftasche wird man zukünftig auch benötigen, um Bankkonten zu eröffnen, Zahlungen zu tätigen, SIM-Karten zu registrieren, Verträge zu unterzeichnen und digitale Dokumente, wie einen mobilen Führerschein, ärztliche Rezepte, Berufszertifikate oder Reisetickets aufzubewahren. Ebenso soll der Zugang zu staatlichen Verwaltungsdiensten und Sozialversicherungsleistungen, sowie die Bereitstellung von Reisepässen und Visa zukünftig über die E-ID erfolgen.

Volle Überwachung möglich

Zwar hatte die EU-Kommission versprochen, die digitale Identitätsbörse nicht mit dem digitalen Euro zu

verknüpfen, da Datenschutz- und Sicherheitsexperten eindringlich davor warnen – doch es gibt auch dafür schon Anzeichen. Die digitale Brieftasche wird es staatlichen Behörden ermöglichen, Bürger umfassend zu überwachen. Sämtliche Daten, die das Leben ausmachen, werden zukünftig zentral gespeichert und miteinander verknüpft. Die Kontrollmöglichkeiten sind immens: So wäre eine Verhaltenssteuerung zum Erreichen politischer oder wirtschaftlicher Ziele problemlos möglich, etwa aus «Klimaschutzgründen» oder wegen kritischen Äusserungen auf sozialen Netzwerken mit Sanktionen bis hin zur Sperrung von digitalen Bankkonten.

WEF/USA/Kanada/Schweden

In einem aufschlussreichen weissen Papier zitierten die Autoren des Weltwirtschaftsforums (WEF) China als leuchtendes Beispiel für die Verwendung digitaler IDs. Die USA wiederum möchten damit vordergründig Identitätsbetrug bekämpfen, dabei lieben Hacker Daten. Auch die kanadischen Behörden sind daran, eine Infrastruktur für die Implementierung eines digitalen Identifikationsnetzwerks zu schaffen. Schweden geht voran als einer der ersten Anwender von implantierbaren Mikrochips und Bargeld wird dort bereits kaum mehr verwendet.

Früher oder später wird die E-ID auch in der Schweiz verlangt. Deshalb gilt es den Anfängen zu wehren und die Freiheit und demokratische Eigenständigkeit möglichst lange zu verteidigen! ●

Quellen für diesen Artikel:

St. Galler Tagblatt vom 23. November 2023

<https://www.patriotpetition.org/2023/11/24/nein-zur-digitalen-orwell-brieftasche-der-eu/>

<https://www.brownstone.org/de/Artikel/Digital-ID-in-Kanada-ist-das-n%C3%A4chste-in-den-USA/>

<https://uncutnews.ch/globale-digitale-ids-kommen-nach-amerika-und-niemand-darf-darueber-reden/>



Leeres Blatt



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Beim Rasieren kommen mir immer die besten Ideen für einen Artikel ... Das leise Surren, die kreisenden Bewegungen, die Haut straff ziehen, spüren, ob sie glatt geworden ist – rasieren ist doch ein richtiges Ritual für den Mann. Ja, und nun ist mein Begleiter in die Jahre gekommen, beginnt zu stottern, schreit dauernd nach Öl (ich weiss gar nicht, wo einfüllen ...) und gibt zunehmend allerlei unheimliche Geräusche von sich, die mir Angst machen. Was will er mir sagen? *«Es reicht, lass mich von jetzt an gefälligst in Ruhe, lass Bart Bart sein, lass ihn wachsen oder kauf dir eine neue Maschine.»* So etwa. Er hat mich gewarnt. Nun ist er stumm, macht keinen Wank mehr. Dabei waren wir doch ein gutes Team, wir zwei. Und jetzt das. Das vertraute Surren wird mir fehlen, die Ideen und Worte wohl auch.

Da sitze ich nun vor dem berühmten weissen leeren Blatt. Der schrecklichste Moment für einen Schreiberling. Ich sollte und kann nicht. Da kommt mir der ehemalige Trainer des Fussballclubs Bayern München in den Sinn. Der gute Giovanni Trapattoni machte sich schon zu Lebzeiten zur Legende mit seinem Spruch nach einer bösen Niederlage, als seine hochgejubelten Kicker total versagten: *«Flasche leer, ich habe fertig!»* Das war vor 25 Jahren. So etwa fühle ich mich gerade. War's das nun? Meine Gedanken schweifen zurück ins Jahr 2011. An dieser Stelle erschien damals mein erster Beitrag für den «Standpunkt». Vom Krawattentragen war zu lesen: *«Es lebe der Kulturstrick!»* Erinnern Sie sich noch? Wohl kaum. Das war vor 13 Jahren. Da war mein Rasierer noch neu ... die Ideen sprudelten.

Was haben wir doch erlebt in dieser Zeit. Wir alle könnten davon ein Buch schreiben. Wäre das spannende Lektüre! Was lesen wir da alles? Von Glück und Leid, von Liebe und Freude, von Krankheiten und vom Gesundwerden, von Leben und Tod. Wir erfahren manches Schicksal, staunen über die wunderbaren Fügungen Gottes. Erkennen, dass wir unser

Urteil über viele Menschen ändern müssen, weil wir sie falsch eingeschätzt und ihnen Unrecht getan haben. Da ist vielleicht der Herr oder die Frau «Schüüch», die verschlossen wirken, weil sie ein «Burdeli» mit sich tragen, aber nichts davon erzählen, weil sie niemandem auf den Wecker gehen wollen. Helfen wir ihnen doch, tragen wir doch dazu bei, dass sie offen und locker werden dürfen. Nehmen wir ihnen doch die Hälfte ihrer Bürde ab.

So lasst uns doch im neuen Jahr nicht nur geradeaus schauen. Scheuklappen weg, den Kopf auf alle Seiten drehen und unsere Hilfe anbieten. Die einen freuen sich, andere werden sich nerven. Macht nichts, nur schon ein lieber Blick, ein Lächeln und ein fester Händedruck können Menschen verändern, da bin ich sicher. Eine grosse Aufgabe im neuen Jahr. Nehmen wir uns Zeit dafür. Wenn wir helfen wollen – Gott führt uns zu den richtigen Leuten. Wisst Ihr was? Ich bin wie der Esel am Berg gestanden und vor meinem weissen leeren Blatt gesessen. Nun stelle ich verwundert fest: Die schwarzen Zeichen sind ja Buchstaben, das Blatt ist voll! Fast ist ein Artikel über die Nächstenliebe daraus geworden. Eh ja, ist doch ein Thema für das nächste Jahr. Nächstenliebe. Wir müssen nicht mit der ganzen Welt beginnen. So viel Kraft haben wir nicht. Nur mit dem Menschen, der gerade vor uns steht, das genügt vorerst. Und Gott hilft uns dabei, er weiss, wer Hilfe nötig hat. Und jetzt ab in das Elektrofachgeschäft. Ich brauche einen neuen Rasierapparat!

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes neues Jahr und viele leere Blätter, die Sie füllen können! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Die EDU Schweiz hat zusammen mit der Vereinigung Aletheia eine Flugblatt-Aktion lanciert. Diese soll die Bevölkerung über die Folgen des WHO-Pandemievertrags aufklären. Nach bewährtem Muster können alle, welche die Verbreitung des Aufklärungsflyers unterstützen möchten, auf www.flyer-ueberall.ch einen Postversand der Flyer in die Haushaltungen ausgewählter Gemeinden sponsern. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung, damit die Informationen in möglichst viele Briefkästen gelangen.

EDU SG: Im Kanton St. Gallen war die EDU bei den Nationalratswahlen 2023 wiederum eine Listenverbindung mit der SVP eingegangen – damit die EDU-Stimmen «nicht verloren» gingen und ansonsten indirekt die linken Parteien gestärkt worden wären. Leider sind im Kanton St. Gallen Listenverbindungen für die Kantonsratswahlen vom 3. März 2024 nicht möglich. Erstmals konnten wir bereits vor den Nationalratswahlen mit der Parteileitung der SVP vereinbaren, dass sich in den einzelnen Wahlkreisen jeweils ein EDU-Kantonsratskandidat an den SVP-Nominationsveranstaltungen für einen Platz auf der SVP-Liste bewerben darf. Leider klappt es nun doch nicht in allen Kreisen. Im Kreis St. Gallen haben wir zudem keinen Kandidaten. Umso dankbarer sind wir für die Wahlkreise, in denen eine wohlwollende Zusammenarbeit stattfindet. Wir danken allen «Standpunkt»-Leserinnen und -Lesern aus dem Kanton St. Gallen, wenn Sie unsere EDU-Kandidaten tatkräftig unterstützen!

EDU TI: Die EDU hat im italienischsprachigen Landesteil (im Kanton Tessin als «UDF» unterwegs) mit der UDF Mendrisio ihre erste Ortssektion gründen können. Die Gründungsfeier fand im Rahmen der kantonalen Generalversammlung am 30. November 2023 statt. Erster Ortsparteipräsident ist Roberto Pellegrini, weiter sind Sandro Ribì (Vizepräsident) und Ilenia Messina (Sekretärin) in den Vorstand gewählt worden. Wir gratulieren der UDF Ticino herzlich zu ihrem Engagement und wünschen der neuen Ortspartei Gottes Segen und gutes Gedeihen!



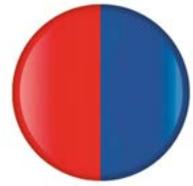
50 Jahre «Campus für Christus»

1973 lernt ein junges Schweizer Ehepaar (Ben und Barbara Jakob) auf seiner Hochzeitsreise die Arbeit von Campus für Christus in den USA kennen. Die Einfachheit, den persönlichen Glauben mit anderen zu teilen, hat sie stark beeindruckt. Daraus entstand der Verein Campus für Christus Schweiz, eine christliche Non-Profit-Organisation, mit Sitz in Zürich. Es ist der Start einer Bewegung, die heute mit Projekten in der Schweiz und in über 90 Ländern weltweit Gottes Liebe in Wort und Tat weitergibt. HP und Vreni Nüesch übernahmen 1978 die Leitung von Campus für Christus. Heute zählt die Non-Profit-Organisation 123 Mitarbeitende in der Schweiz und im Ausland. Verbindend ist und war schon immer der gemeinsame Auftrag, die Liebe Gottes an unbekannte und bekannte Orte hinauszutragen und Räume zu schaffen, in denen Gott erfahrbar wird. Wir gratulieren herzlich zum 50-jährigen Jubiläum!

DE: Wahrheit unter Strafe gestellt ...

Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch wurde vom Deutschen Bundestag mit einer Strafzahlung über 1'000 Euro gebüsst, wegen Verstosses «gegen die Würde und Ordnung des Hauses». Ihr «Vergehen»: Sie hatte den Grünen «Trans»-Parlamentarier Markus Ganserer im Bundestag am Weltfrauentag 2022 als das bezeichnet, was er juristisch und biologisch ist: «Die Gesellschaft kann nicht gezwungen werden, für einen Mann die Frauenquoten zu öffnen.» Ganserer, der sich selber «Tessa» nennt, sich schminkt und in Frauenkleidern in der Öffentlichkeit bewegt, ist im September 2021 über einen Frauenquotenplatz auf der Liste der Grünen in den Bundestag eingezogen. Ein Umstand, der auch in feministischen Kreisen (z. B. vom Magazin «Emma») stark kritisiert wurde.

Un augurio per il 2024



Mentre ci apprestiamo a salutare il vecchio anno e accogliere il nuovo, riflettiamo sulla straordinaria connessione tra la sfera politica e la fede cristiana.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

In questo momento difficile e pieno di sfide, auguro a tutti i lettori un Anno Nuovo ricco di benedizioni, speranza e prosperità.

L'anno che abbiamo appena concluso ci ha sfidato su molteplici fronti, ma la fede cristiana ci insegna che nelle sfide risiede l'opportunità di crescita e di unione. Nelle parole di Gesù, troviamo ispirazione a «amare il prossimo tuo come te stesso» e a cercare la pace in mezzo alle tempeste della vita.

Nel contesto politico, queste parole assumono un significato particolare. Il nostro impegno civico deve essere guidato dalla compassione, dalla giustizia e dalla solidarietà.

Come cristiani, siamo chiamati a essere agenti di cambiamento, lavorando per un mondo in cui ognuno possa godere della dignità e dei diritti fondamentali.

Quest'anno, possiamo impegnarci a coltivare una politica dell'ascolto e del rispetto reciproco. In un mondo spesso diviso, la fede cristiana ci insegna

che ogni individuo è una creatura amata da Dio, indipendentemente dalla sua provenienza o opinione politica.

La preghiera diventa quindi un elemento centrale dei nostri auguri per l'anno a venire. Chiediamo a Dio di guidare i nostri leader politici affinché agiscano con saggezza, compassione e integrità. Preghiamo per la pace nelle nazioni, in particolare per Israele, per la risoluzione dei conflitti e per un mondo in cui la giustizia scorra come un fiume.

Mentre ci prepariamo ad abbracciare il futuro, sappiamo che la fede e la politica possono convergere per costruire un mondo migliore.

Con questo spirito, auguro a voi tutti un Anno Nuovo colmo di amore, di pace e di realizzazione spirituale. ●



Ermutigung, wenn die eigenen Kinder den Glauben verlieren

Nicola Vollkommer (Jahrgang 1959) und Regula Lehmann (1967) sind zwei christliche Autorinnen, die beide je vier eigene Kinder haben. Zusammen haben sie eine Ermutigungsschrift für Eltern verfasst, deren Kinder den christlichen Glauben sowie dessen Werte nicht mehr teilen.



Das Buch gliedert sich in zwölf Kapitel, in denen in Interviews und Erfahrungsberichten viele Betroffene zu Wort kommen, wie sie als Eltern oder als «verlorene Tochter/verlorener Sohn» diese schwierige Zeit im Rückblick erlebt haben, was sie gleich und was sie anders gemacht hätten. Die Gründe, warum Kinder das Christentum ihrer Eltern verlassen, sind sicher vielfältig. Eine Stärke des Buches erkenne ich darin, dass die Autorinnen keine sture Strategie empfehlen, um Kinder zum Glauben zurückzuführen, sondern das In- und Miteinander von gelebter Nächstenliebe, unablässiges Gebet, verbindliche Gemeinschaft in einer Gemeinde und das Wirken des Heiligen Geistes (vgl. S. 153).

Pfr. Michael Freiburghaus

Regula Lehmann, Nicola Vollkommer. Wenn Kinder andere Wege gehen. Wie Beziehungen in Klarheit und Liebe möglich bleiben. Ein Eltern-Navi. Basel: Fontis, 2022. ISBN 978-3-03848-250-5, 168 Seiten.

Gottes Wort als pure Ermutigung

Das Wort Gottes ist eine tägliche Ermutigung, enthält es doch Bestärkungen für jede Lebenssituation. Durch die Bibel lernen wir Gottes Herz kennen: wie er ist und was er für uns möchte. Oder besser gesagt, was er für uns bereithält als diejenigen, die ihm vertrauen.



Martina Bolliger, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz

Das Wort ist «unseres Fusses Leuchte», es weist uns den Weg. Wir können uns voll und ganz darauf verlassen. In der Welt kämpfen wir mit Bedrängnissen und schwierigen Situationen. Unser himmlischer Vater aber hat Lösungen bereit, die er uns kundtun möchte. Denn Jesus sagte: Er lässt uns nicht zurück, er wird den Heiligen Geist senden, der unser Leiter, Fürsprecher, Lehrer und Tröster ist, er wird uns in alle Wahrheit leiten. Sehe dich in allen Bereichen als Sieger, denn Jesus hat den Sieg errungen für dich. Du kannst dir gewiss sein: Gott hat alles im Griff, was auf der Erde geschieht, so auch dein Leben und deine Situation.

Lies Gottes Wort, sprich mit Gott, bete zu Gott, nimm dir die Zeit, auf Ihn zu hören und anschliessend handle danach.

Ich wünsche Euch allen einen segensreichen Start und Gottes Segen für dieses neue Jahr, in dem Gott mächtig in und durch Euch wirken möchte. Ich wünsche Euch, dass Ihr in diesem Jahr Glaubensschritte machen könnt: steigt aus dem Boot aus und wandelt auf dem Wasser, dazu seid Ihr geboren worden. ●

Alles Gute und Gottes Segen fürs 2024

Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe.

1. Korinther 16,14

2024

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Elektro-Scooter für Gehbehinderte Personen, Scooter Agin, 10 km/h, von Dietz. Sehr wenig gebraucht, kompakt, wendig, hohe Manövrierfähigkeit, ca. 35 km Reichweite. Geschwindigkeit stufenlos regulierbar, drehbarer Kapitänssitz zum bequemen Auf- und Absteigen, komplette Sicherheitsausstattung. Neupreis: 2700.-. Preis nach Absprache. K: andy@wespi.org, 078 800 05 05

Rollstuhl, 18.4 kg, sehr gut zusammenklappbar, mit abnehmbarer Kopfstütze. Leichtgewicht-Faltrollstuhl, in sehr gutem Zustand, nur wenige Male benutzt. Sitzbreite 42 cm, von Armlehne zu Armlehne: 47cm. Neupreis: 650.-. Preis nach Absprache. K: andy@wespi.org; 078 800 05 05

Rollator, 6kg, sehr gut zusammenklappbar Der Rollator Taima ist leicht und trotzdem stabil. Der Leichtgewicht-Rollator Taima wiegt gerade mal 6 kg und kann mit 150 kg belastet werden. Der Rollator ist in einem guten Zustand. Neupreis 200.-. Preis nach Absprache. K: andy@wespi.org, 078 800 05 05

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

Person gesucht, die während meiner Ferienabwesenheit 2 Katzen füttert und die Pflanzen giesst. Wer möchte in Stettfurt TG kostenlos in meinem Zuhause wohnen und diese Aufgabe übernehmen? Ruhige Lage, Bodensee 30 Min., Alpstein 1 Std., Schwimmbad 5 Gehminuten entfernt. K: 079 401 64 49

PARTNERSUCHE

Ich, 71-j., Witwer, Christ, suche dich, lieber Schatz, für gemeinsame Zeit zu zweit auf meinem «Älpli» im Kt. SO. Ein Zeichen von dir würde mich sehr freuen. Tel. 079 639 24 51

VERSCHENKEN

Hören Sie die beliebten Telefon-Andachten von Manfred Paul! Jeden Mittwoch ein anderes 3-Minuten-Thema, immer mit einer wichtigen Info, die Sie nicht verpassen sollten!

Wählen Sie einfach Tel. 0848 047 047 (Tonband) Tag und Nacht! Normaler Swisscom-Festnetz-Tarif

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Silber, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetstreffen.ch>

8./22.1. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

20.1. EDU Winteranlass Oberaargau/Emmental
16 Uhr Besichtigung Wärmeverbund Renercon Huttwil, Langenthalstrasse 15. Ab 17 Uhr Apéro im Seminarraum Sypcher-Handwerk, 17.30 Uhr Sessionsrückblick mit Grossrat Ernst Tanner und Johann Ulrich Grädel, 18.30 Uhr Essen, Fondue. 19.30 Uhr Dessert und Austausch. Eintritt frei: Kollekte. Anmeldung bis 14.1.2024 an Adrian Scheidegger: adrian.scheidegger@edu-schweiz.ch, 077 409 68 77

21.1. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

22.1. Baar: 20 Uhr, Waldmannshalle, Theorieraum 1+2: Veranstaltung

der EDU Schweiz: **Vorbereitung der Gründung der EDU Kanton Zug im Anschluss an den Vortrag «UNO und WHO – eine Gefahr für unsere Demokratie?»**. Referent Ralph Studer, Stiftung Zukunft CH, zeigt mögliche Szenarien und ihre Folgen auf unsere gesellschaftlichen Grundpfeiler wie Demokratie, Föderalismus und Freiheit auf. K: 033 222 36 37

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

27.12.–2.1.2024 Silvestertage: «Nach dem Hören kommt das Handeln – auf Entdeckungsreise durch den Jakobusbrief» (auch Teilnahme an einzelnen **27.12.–2.1.2024** Seit sieben Jahren treffen sich Familien im **Familienneujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zurüsten zu lassen.

FEG Schweiz

26.12.–2.1.2024 In Pradella, Adelsboden und Les Diablerets treffen sich seit vielen Jahren **Jugendliche über Neujahr**, um ganz bewusst mit dem Segen Gottes ins neue Jahr zu starten. Schon viele lebensverändernde Entscheidungen wurden in einem solchen Lager getroffen. Gerne darfst auch Du dabei sein. K: www.neujahrslager.ch

FEG Schweiz

27.12.–2.1.2024 Seit sieben Jahren treffen sich Familien im **Familienneujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zurüsten zu lassen. Auch Alleinerziehende und Singles sind herzlich eingeladen. K: www.familien-nela.ch

Verein Ha'Tikva

19.1.2024 19.30 Uhr, Kirchgemeindehaus Dürrenäsch, Kt. AG: **Israelvortrag** mit Roger Liebi: «Israel und Gaza: Was sagt die Bibel über die Zukunft des Nahen Ostens?». Verkauf von Produkten aus Israel. K: verein.hatikva@gmail.com, Th. Kreis

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

3.–10.2. Seminarwoche Bibelauslegung: 3 Dozenten unterrichten während 22 Lektionen zu Habakuk, Epheser und Jakobus. Attraktive Pauschalpreise! K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Vereinigung Pro Israel

4.2. 14.00 Uhr, Kursaal in Bern: 34. **Nationale Pro Israel-Tagung** mit der israelischen Botschafterin Ifat Reshef, Yoyakim Figueras, Israel und Johannes Vogel, D. K: 033 335 41 84

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Gospel Joy Singers

15.–17.3. Evang. Kirche Kreuzlingen, Bärenstrasse: **Gospel-Workshop und Gottesdienst**. 17.3.2024 10 Uhr: Gottesdienst der Kreuzlinger Kirchen mit Freddy Washington und dem Projektchor. Anmeldung für Gospel-Workshop (CHF 50.– Erw., CHF 30.– Schüler): Walter Hasen, 079 696 42 52, w.hasen@sunrise.ch

Vereinigung Pro Israel

16.–23.3. Hotel Paladina, Pura: **Ferienwoche für Israel-Freunde**, mit Rainer Schmidt, Jerusalem. Anmeldung: Vereinigung Pro Israel, Postfach 717, 3607 Thun, 033 335 41 84

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Adressmutationen und Ihre E-Mail-Adresse mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 02/2024 wird am 29. Januar 2024 versendet.

Redaktionsschluss:
5. Januar 2024
Druck: 24. Januar 2024

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfeler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock
3: Karikatur Willu
5, 19: Harold Salzmann
6, 12, 13: pixabay.com
7, 8, 14, 17: Adobe Stock
10: © Crossroads Foundation / Blake Chalmers Photography (www.flickr.com / Wikimedia Commons)
Kopfbilder, 4, 15, 16: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 19 500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Erfolgreiche EDU-Petition: 23'687 Unterschriften «gegen WHO-Diktatur» eingereicht

Im Beisein vieler Unterstützerinnen und Unterstützer reichte die EDU Schweiz am Dienstag, 21. November 2023, bei der Bundeskanzlei die Petition «Nein zur WHO-Diktatur!» mit 23'687 Unterschriften ein. Ein starkes Zeichen, das zeigt, dass das Thema zahlreichen Menschen unter den Nägeln brennt.

**SCHLUSS
PUNKT**

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition fordern den Bundesrat zu raschem Handeln auf:

- Bis am 27. November 2023 der Fristverkürzung (Einsprachen von 18 auf 10 Monaten im Rahmen der Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV) widersprechen!
- Keine Unterzeichnung des WHO-Pandemievertrags!
- Wenn die WHO von der Schweiz die Unterzeichnung verlangt, ist der Austritt aus der WHO einzuleiten.

Der WHO-Pandemievertrag ist aus Sicht der EDU ein brandgefährliches Vertragswerk. Die WHO soll nicht mehr nur – wie bisher – Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedstaaten abgeben, sondern Entscheidungen treffen können, die als Gesetze gelten und sogar über unserer Verfassung stehen würden. Damit werden unsere demokratischen Institutionen ausgehebelt – von der WHO, die nicht demokratisch legitimiert ist. «Um den für 2024 geplanten Pandemie-pakt verhindern zu können, müssen wir jetzt Druck aufbauen», sagte Andreas Gafner, Nationalrat der EDU Kanton Bern, bei der Übergabe der Unterschriften. Gafner kündigte an, auf parlamentarischem Weg aktiv zu werden, um zu erwirken, dass der WHO-Pandemievertrag nicht an Parlament und Volk vorbei unterzeichnet werden kann.

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern und allen Organisationen, welche den Erfolg dieser Petition möglich gemacht haben, von ganzem Herzen!

Anian Liebrand, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz





Christ und Job.ch
IDEA-Stellenmarkt

Weiter-sagen!

Finden Sie Ihre Berufung!
Das grosse Job-Portal für Christen:
www.Christ und Job.ch

Jetzt Job finden!



Der Schweizer Luftkissen-Schuh
www.kybun.swiss

kybun
Switzerland

Christlicher Hilfsbund im Orient



Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.

www.hilfsbund.ch



Gemeinsam tragen wir Licht in die Welt.

www.smg.swiss

smg

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!




HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

Ihr unkomplizierter Werbefachmann:
bezahlbar, fair und auf Augenhöhe



Anian Liebrand
Geschäftsführer
Firmeninhaber
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch
politagentur.ch
anianliebrand.ch

politagentur.ch
Strategie · Planung · Umsetzung



DIACONIA
Internationale Hilfe
www.diaconia.org

eljah



Ihr Geschenk

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

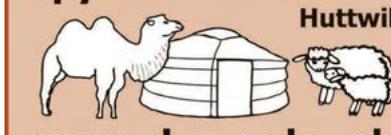
Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Spycher-Handwerk **Schaukarderei**
Huttwil

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch **062 962 11 52**



www.huwa.ch





E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen



FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

Mission Aviation Fellowship



MAF
maf-schweiz.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

Für mehr Lebensqualität.



RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch



zubi
Zusammen mehr. zubi.swiss

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 Münsingen | 031 721 62 27

TB TRANSPARENT BROKER

fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch